A10NEU14 „Irakkonflikt: Für die Bewahrung des JCPoA - und eine friedliche, nuklearwaffenfreie Welt“ (BDK)

Antragsteller*innen:

Antragstext

1 Die Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran, die durch den
2 einseitigen Ausstieg der USA aus dem Iran-Nuklearabkommen (Joint Comprehensive
3 Plan of Action, JCPoA) durch US-Präsident Trump im Mai 2018 in Gang gesetzt
4 wurde, dreht sich zunehmend weiter und droht, den Vertrag als zentrales
5 rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit zusammenbrechen zu
6 lassen. Seit dem Ausstieg Washingtons wurden von US-Seite unilateral die
7 Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Ziel ist
8 es, Iran – bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“
9 zu weitreichenden Konzessionen in Hinblick auf sein ballistisches
10 Raketenprogramm und sein regionales Verhalten sowie einem neuen allumfassenden
11 Abkommen zu bewegen.

12 Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler
13 Bemühungen, durch diplomatische Mittel den Streit um das iranische
14 Nuklearprogramm beizulegen und eine atomare Bewaffnung Irans zu verhindern.
15 Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit einem präzedenzlosen
16 Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und Energiebehörde
17 (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren Bewaffnung Irans auf
18 ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der
19 Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der
20 rechtsverbindliche Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft
21 verpflichtet wurde. In seiner Resolution fordert der Sicherheitsrat alle
22 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen um
23 die Umsetzung der Vereinbarung zu unterstützen und gleichzeitig Maßnahmen zu
24 unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Iran-
25 Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die
26 Verhängung unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der
27 regelbasierten internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales
28 Rüstungskontrollregime unter Beschuss.

29 Ein Ende des Iran-Nuklearabkommen würde nicht nur eine Katastrophe für die
30 Region mit unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und
31 eines nuklearen Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der
32 Unverlässlichkeit und damit Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an
33 Staaten wie Nordkorea senden, welche durch diplomatischen und wirtschaftlichen
34 Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht werden sollen.

35 Der Iran-Nuklearabkommenversprach Iran für eine Begrenzung seiner
36 Nuklearaktivitäten Sanktionserleichterungen und damit einhergehende
37 wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl sich die anderen Parteien der Vereinbarung -
38 Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland - gegen die US-
39 amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen Bemühungen um
40 Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommen nicht aus: Durch die
41 Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des
42 US-Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die
43 US-Regierung in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US

44 basierte Unternehmen unter Druck zu setzen (Sekundärsanktionen)
45 (Sekundärsanktionen). Hier fehlt den europäischen Vertragspartnern erkennbar der
46 politische Wille, sich der US-Regierung in diesem Punkt offen entgegen zu
47 stellen. Alle bisherigen Versuche, die Sanktionen der USA abzumildern, sind
48 durch den politischen und/oder wirtschaftlichen Druck der USA ins Leere
49 gelaufen.

50 Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den
51 internationalen Sanktionserleichterungen: Das Land kann kaum mehr Öl
52 exportieren, europäische Unternehmen haben sich aus Angst vor US-Restriktionen
53 zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es gibt kaum mehr Finanzkanäle.
54 Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können aufgrund von
55 Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden
56 Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-
57 Sanktionen erfasst sind.

58 Deshalb unterlässt Iran die Erfüllung seiner nukleartechnischen Verpflichtungen,
59 nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni vollumfänglich an diese
60 gehalten hatte. Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt – begonnen,
61 Uran über die im Iran-Nuklearabkommen festgelegten Obergrenze anzureichern
62 Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden: Falls das
63 Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran
64 keinen Nutzen darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die
65 bisherigen iranischen Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran
66 weiter eine Verhandlungslösung anstrebt.

67 Wir fordern deshalb, dass

- 68 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen der GASP (Gemeinsame
69 Außen- und Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der
70 Vereinbarung China und Russland dafür einsetzen, die Wiener
71 Nuklearvereinbarung als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument
72 zu bewahren.
- 73 • die Bundesregierung alle denkbaren Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche
74 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den
75 Handel mit Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus
76 INSTEX, dessen Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und
77 ausgeweitet werden muss, ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie
78 in der Vereinbarung angelegt wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen
79 profitieren kann. Weitere Maßnahmen müssen aber folgen. Eine Möglichkeit
80 sind beispielsweise staatlich abgesicherte, multilaterale
81 Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar der
82 iranischen Bevölkerung zugutekommen.
- 83 • die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine
84 „significant non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen
85 Verpflichtungen vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran
86 positioniert, um eine sukzessive Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern
87 und damit seine Funktion zu bewahren.

88 Im Umgang mit den aktuellen Differenzen im transatlantischen Verhältnis
89 hinsichtlich Iran zeigen sich die Grenzen europäischer Handlungsfreiheit. Dass

90 die Europäische Union den US-amerikanischen Sekundärsanktionen, die europäische
91 Unternehmen zwingen sich aus dem Iran-Geschäft zurückzuziehen, und der Politik
92 des maximalen Drucks kaum etwas entgegenzusetzen hat, offenbart deutlich das
93 geringe Maß einer strategischen Autonomie der EU. Dass wir in und als EU nicht
94 in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen, wenn die USA das nicht wollen, kann
95 nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und Sicherheitsinteressen sein. Es
96 untergräbt unsere wirtschaftliche und politische Souveränität und die
97 Glaubwürdigkeit der europäischen Außenpolitik

98 Wir fordern deshalb, dass

- 99 • die EU mittelfristig geeignete Maßnahmen ergreift, um ihre
100 Widerstandsfähigkeit gegen Sekundärsanktionen und damit ihre strategische
101 Autonomie erhöht. Dazu gehört längerfristig auch eine Stärkung der
102 globalen Rolle des Euro.

103 Krise in der Straße von Hormus

104 Immer mehr wird nun der Persische Golf und die Straße von Hormus zum
105 Austragungsort des Konfliktes zwischen USA und Iran. Mit großer Sorge beobachten
106 wir den sukzessiven Aufbau einer militärischen Drohkulisse durch die USA, welche
107 die Spannungen und das Risiko bewaffneter Zwischenfälle erhöht.

108 Wir fordern, dass alle Maßnahmen der EU und der Bundesregierung auf eine
109 Deeskalation im Konflikt zwischen USA und Iran ausgerichtet sind. Vor diesem
110 Hintergrund lehnen wir die US-Militärmission „Sentinel“ in der Straße von Hormus
111 und eine deutsche Beteiligung daran ab. Eine „Koalition der Willigen“ unter
112 Führung der USA, einer der beiden Streitparteien, kann kein Beitrag zur
113 Entspannung der Lage sein. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt und die
114 maritimen Handelswege stehen für uns nicht zur Disposition. Einem Einsatz der
115 Bundeswehr im Persischen Golf werden wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und
116 grundgesetzkonformen Mission zustimmen - also mit einem Mandat des VN-
117 Sicherheitsrates.

118 Wir fordern, dass die EU ein deutliches Gegengewicht zur Logik von Drohungen und
119 Gegendrohungen setzt, der die Regierungen der USA und des Irans, sowie weitere
120 Akteure, aktuell folgen. Diese Logik birgt eine enorme Gefahr für
121 Fehlkalkulationen und eine Eigendynamik, die sich bis hin zum Krieg entwickeln
122 könnte. Wir müssen all denen, die überzeugt sind, dass das Streben nach
123 Atomwaffen das einzige Mittel der wirksamen Abschreckung und Selbstverteidigung
124 sei, zeigen, dass dieser Weg ein Irrweg ist. Vor allem jedoch droht eine von der
125 EU und ihren Partner*innen in dieser Frage ungebremste Eskalationspolitik den
126 gesamten Nahen Osten und seine Bewohner*innen, alle Nachbarregionen, sowie die
127 Weltwirtschaft durch einen unkalkulierbaren Krieg auf schlimmste Weise in
128 Mitleidenschaft zu ziehen.

129 Um aus dieser Sackgasse herauszukommen und auf eine Entspannung in der Region
130 hinzuarbeiten, braucht es Kommunikationskanäle und eine grundlegende
131 Verständigung zwischen Washington und Teheran. Wir fordern die Bundesregierung
132 auf, die US-Seite aufzufordern ein realistisches und glaubhaftes Angebot für
133 einen politischen Ausweg vorzulegen, welches die Interessenlagen Irans und
134 anderer regionaler Akteure, allen voran Israel, berücksichtigt.

135 Denn klar ist: Es wird nicht zu einer nachhaltigen Entspannung in der Region
136 kommen, solange die unverminderten Vernichtungsdrohungen gegen Israel durch das
137 iranische Regime kein Ende nehmen, die wir aufs schärfste verurteilen, und
138 solange es keine Anerkennung des Staates Israel gibt. Wir fordern weiterhin ein
139 klares Bekenntnis zur Sicherheit Israels gegenüber den Drohungen Irans.
140 Gleichwohl lehnen wir auch die scharfe Rhetorik des israelischen
141 Ministerpräsidenten Netanjahu ab, der die hochgefährliche konfrontative Haltung
142 der USA gegenüber Iran unterstützt und immer wieder auch die Idee eines
143 gezielten Militäreinsatzes und regime change schürt.

144 Klar ist außerdem: Die aktuellen Bemühungen zur Bewahrung der Wiener
145 Nuklearvereinbarung dürfen keine Begründung dafür sein, dass sich die
146 Bundesregierung bei der klaren Benennung der täglichen Verletzungen von
147 Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien durch das iranische Regime
148 zurückhält.

149 Für einen ganzheitlichen Regionalansatz

150 Iran kann aufgrund seiner Größe, geostrategischen Lage und Bevölkerungszahl und
151 damit seiner regionalen Bedeutung nicht ignoriert werden, ist aber unter anderem
152 aufgrund seiner Regionalpolitik, dem ballistischen Raketenprogramm, der
153 feindseligen Haltung gegenüber Israel und der verheerenden Menschenrechtslage im
154 Land ein problematischer Akteur. In einer zunehmend fragmentierten und von
155 Krisen und Kriegen betroffenen Region ist Iran Teil des Problems, aber eben auch
156 der Lösung.

157 Unsere Politik gegenüber Iran muss dabei Teil eines ganzheitlichen Ansatzes
158 sein, der auf einer Äquidistanz zu Saudi-Arabien und Iran basiert, die gesamte
159 Subregion in den Blick nimmt und sicherheitspolitische Fragen in einem
160 regionalen Kontext diskutiert. Dafür muss die deutsche wie die EU-Politik
161 gegenüber Saudi-Arabien dringend korrigiert werden: d.h., dass tatsächliche
162 Verhalten muss angepasst werden, um die autoritären Strukturen beider Länder,
163 ihre problematischen regionalen Rollen und ihr Ringen um die regionale
164 Vormachtstellung gleichermaßen kritisch zu adressieren. Vor allem der Export von
165 Rüstungsgütern sowie jegliche militärische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien sind
166 umgehend zu beenden.

167 Langfristig fordern wir einen vertieften Dialog mit Iran sowie zwischen Iran und
168 den Ländern des Golfkooperationsrats über regionale Konflikte und die Frage, wie
169 ein Prozess hin zu einer regionalen Sicherheitsarchitektur gestaltet werden
170 kann. Die bisherige Doppelstandard-Politik der Bundesregierung ist
171 kontraproduktiv für eine erfolgreiche deutsche und EU-Politik in der Region.

Begründung

Die Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran, die durch den einseitigen Ausstieg der USA aus der Wiener Nuklearvereinbarung (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPoA) durch US-Präsident Trump im Mai 2018 in Gang gesetzt wurde, dreht sich zunehmend weiter und droht den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument mit zusammenbrechen zu lassen, mit unvorhersehbaren Konsequenzen bis hin zu Krieg. Gerade auch mit Blick die öffentliche Diskussion rund um einen euopäische Mission im Persischen Golf zentral, unsere Leitplanken festzuklopfen.

Grüße
Dominik und Moritz